

1948



Die Gründung Israels bedeutete ethnische Säuberung für mehr als 750.000 Einwohner Palästinas

Das zionistische Projekt in Palästina – ein Teil der Kolonialgeschichte

Im 19. Jahrhundert wurden die arabischen Länder zum Ziel europäischer Kolonialmächte. 1799 scheiterte Napoleon zwar bei dem Versuch, Akko in Palästina zu erobern, doch im 19. Jahrhundert nahm der Strom christlicher Siedler aus Europa, wie beispielsweise die Korntaler Templer, deutlich zu. Sie wurden unterstützt von den Großmächten. Im Jahr 1916 teilten die Großmächte Großbritannien und Frankreich im Sykes-Picot-Abkommen ihre Einflussbereiche in der Region unter sich auf.



Theodor Herzl und seine zionistische Bewegung bauten auf diese Bestrebungen. Herzl wandte sich an die schwärzesten Antisemiten seiner Zeit, den russischen Zaren und den deutschen Kaiser Wilhelm. In seinem Buch *Judenstaat* (1896) schreibt er: *„Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Cultur gegen die Barbarei besorgen.“*



Taktische und antijüdische Überlegungen während des 1. Weltkriegs motivierten den britischen Außenminister Lord Balfour im November 1917 zur Erklärung, die zionistischen Bestrebungen für den Aufbau einer jüdischen Heimat in Palästina zu unterstützen – den Aufbau des zionistischen Siedlerstaats, der von Anfang an gegen die einheimische palästinensische Bevölkerung gerichtet war. *„Schon in seinen Ursprüngen wollte der Zionismus eine homogene jüdische, ethnische Einheit bilden, eine ausschließliche territoriale Souveränität über Palästina.... Das ist das Wesen der zionistischen Ideologie.“**

Theodor Herzl (oben)
und Arthur Balfour

Der Jüdische Nationalfonds (KKL - Keren Kayemeth LeIsrael) war die Hauptorganisation des zionistischen Siedlerkolonialismus. Die Akteure des KKL ließen in Palästina keinen Zweifel an ihren Absichten. Konnte

*Jakob Taut, Zeuge des zionistischen Siedlerkolonialismus vor der Staatsgründung, Michael Warschawski, Mitbegründer des Alternativen Informationszentrums in Jerusalem



Boden erworben werden, sorgte der KKL für die Vertreibung der PalästinenserInnen. Sollten neue jüdische Besitzer dazu nicht bereit sein, erzwang der KKL die Räumung. In seinen Tagebüchern machte Yossef Weitz (Leiter der Siedlungsabteilung) 1940 seine Absichten klar: „*Transfer dient nicht nur einem Ziel – die arabische Bevölkerung zu reduzieren -, sie dient auch einem ... keineswegs unwichtigeren Zweck, nämlich: Land zu räumen, das derzeit von Arabern bestellt wird, und es frei zu machen für jüdische Besiedlung.... Kein einziges Dorf und kein einziger Stamm darf ausgelassen werden.*“

Zum Ende der britischen Mandatszeit, Ende 1947, machte der jüdische Bevölkerungsanteil in Palästina knapp 1/3 aus (größtenteils wenige Jahre zuvor wegen der Verfolgung durch die Nazis eingewanderte Siedler, die oft in den europäischen Nachbarländern nicht erwünscht waren). Damals, im Jahr 1946, waren nur knapp 6% des Bodens in Palästina in jüdischem Besitz.

UNO-Teilungserklärung im November 1947



Karte links: Palästina im Jahr 1946

-  Palästinensisch
-  Knapp 6% in jüdischem Besitz

Karte rechts: UN-Teilungsplan 1947

Der Teilungsplan vom November 1947, widersprach den Verhältnissen im Land und bedeutete eine Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der PalästinenserInnen. Der den Zionisten zugesprochene Anteil machte 56% Palästinas aus, wobei mehr als die Hälfte der Bevölkerung dieses Teils des Landes nichtjüdische Araber und damit für die zionistische Bewegung unerwünschte BewohnerInnen waren. Gegen den Willen der palästinensischen Bevölkerungsmehrheit beschloss die UNO die Teilung Palästinas. Diese Entscheidung stand in offensichtlichem Widerspruch zur UNO-Satzung, die das Selbstbestimmungsrecht vorsieht. Im Jahr 1948, dem Gründungsjahr des Staates Israel, begann die Flucht und Vertreibung von mehr als 750 000 Einwohnern, ca der Hälfte der damaligen Bevölkerung.

Die ethnische Säuberung

Anfang Dezember 1947, unmittelbar nach dem Teilungsbeschluss in der UNO, begann die ethnische Säuberung mit Angriffen zionistischer Einheiten auf palästinensische Dörfer und Städte. Am 10. März 1948 beschloss die zionistische Führung den Plan D/Dalet, die militärisch gezielte Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung.



Die Vertreibung der Bewohner von Ramlah

Im Plan D hieß es: *„Diese Operationen lassen sich folgendermaßen durchführen: entweder durch Zerstörung von Dörfern (indem man sie in Brand steckt, sprengt und die Trümmer vermint) und insbesondere von Wohngebieten, die auf Dauer schwer zu kontrollieren sind; oder durch Durchsuchungs- und Kontrollaktionen nach folgenden Richtlinien: Umstellen und Durchkämmen der Dörfer. Im Fall von Widerstand sind die bewaffneten Kräfte auszuschalten und die Einwohner über die Landesgrenze zu vertreiben“.*

Am 9. April 1948 begingen *Lehi* und *Irgun* nach zahlreichen anderen Übergriffen zionistischer Milizen, das Massaker von Deir Yassin mit 100 Toten (darunter 30 Babys), Viele aus anderen Dörfern flohen daraufhin. Bis Mitte Mai, also bevor die Briten das Land verließen und arabische Truppen angriffen, um die ethnische Säuberung zu stoppen, hatten *Haganah*, *Irgun* und *Lehi* über die im UNO-Teilungsplan hinausgehende palästinensische Gebiete besetzt. Führer der Miliz *Irgun* war der spätere Nobelpreisträger, Menachem Begin.)



Am 9. April 1948 begingen zionistische Milizen ein Massaker an den Bewohnern des Dorfes Deir Yassin nahe Jerusalem

Die zionistischen Milizen hatten zu diesem Zeitpunkt auch die Städte Jaffa, Haifa, Akko, Safed, Tiberias und Bissan erobert und 300 000 PalästinenserInnen dazu gezwungen, aus ihren Städten und Dörfern zu fliehen.



Menachem Begin (obere Reihe links), einer der 1947 meist gesuchten Terroristen auf einem Plakat der Palestine Police Force der britischen Verwaltung

Bis zum Frühjahr 1949 waren mehr als 750 000 und damit etwa die Hälfte der PalästinenserInnen vertrieben.

Angesichts dieses Vorgehens bekräftigte die UNO in der Resolution 194 vom November 1948 das Menschenrecht der Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge an ihre ursprünglichen Wohnorte.

7,1 Millionen palästinensische Flüchtlinge

Nach Angaben der Organisation *Badil* (Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights - Zentrum für Residenz- und Flüchtlingsrechte) gibt es heute weltweit 7,1 Millionen palästinensische Flüchtlinge. Der größte Teil lebt in den Nachbarländern, dem von Israel besetzten Gazastreifen und dem Westjordanland.

400 000 von ihnen sind interne Flüchtlinge in den Grenzen von 1948. Sie dürfen auch als Besitzer eines israelischen Passes nicht an ihre ursprünglichen Wohnorte zurückkehren. PalästinenserInnen mit israelischem Pass machen heute 20% der Bevölkerung im Staat Israel aus. Nach Angaben der Rechtsanwaltsvereinigung *Adalah* (The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel) werden sie durch über 50 Apartheidgesetze diskriminiert und haben praktisch keinen Zugang zu 93% des Bodens im Land.



Die PalästinenserInnen im Westjordanland leben unter der Militärherrschaft der Besatzung. Das Gebiet ist durch jüdische Siedlungen und Straßen die nur von Siedlern befahren werden dürfen zerstückelt und in verschiedene Verwaltungszonen unterteilt. Der Gazastreifen ist von der See, von der Luft und vom Land her, komplett abgeriegelt. Zusätzlich trägt das andauernde Brummen von Drohnen der israelischen Armee über dem Gazastreifen zum ständigen Bedrohungsgefühl der Bevölkerung bei und traumatisiert diese, vor allem Kinder.

Die ethnische Säuberung geht weiter



Herausgerissene Bäume beim Beduinendorf Al Arakib im Negev, das immer wieder zerstört wird, um die Bewohner in für sie vorgesehene Townships zu zwingen.

Ein Siedler bewacht die Zerstörung eines palästinensischen Olivenhains. Über eine halbe Million Olivenbäume wurden in den letzten zehn Jahren durch israelische Siedler und Streitkräfte entwurzelt oder anderweitig zerstört.



PalästinenserInnen sind heute im ganzen israelischen Herrschaftsbereich von ethnischer Säuberung bedroht, durch Apartheidgesetze und jüdische Siedlungen innerhalb und außerhalb der sogenannten Grünen Linie**, durch Hauszerstörungen und die Gazablockade, Verhinderung jeglicher wirtschaftlicher Entwicklung, Raub von Wasser und Land und vielen weiteren Unterdrückungsinstrumenten.

** Der Name wurde den Waffenstillstandsgrenzen von 1949 gegeben, die bis 1967 de facto die Grenzen Israels konstituierten

Boykott ethnischer Säuberung und Apartheid made in Israel



Im Jahr 2005 haben die palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften eine Boykottkampagne (BDS) gegen den israelischen Apartheidstaat gestartet. Sie orientieren sich damit an der erfolgreichen internationalen Kampagne gegen die Apartheid im früheren Südafrika. Der Staat Israel und seine Apartheidinstitutionen sowie alle, die

davon profitieren, sollen solange boykottiert werden, bis der Staat Israel die Rechte der PalästinenserInnen anerkennt und erfüllt.

Übrigens: Nach dem im Jahre 2011 vom israelischen Parlament Knesset beschlossenen *Nakba*-Gesetz wird die Organisation oder Unterstützung von Veranstaltung zur Erinnerung an die *Nakba* mit dem Entzug finanzieller Vorteile bestraft. Damit wird versucht, die Geschichte der PalästinenserInnen auszulöschen.

Weitere Informationen zu BDS im Internet:

bds-kampagne.de – bds-info.ch – bdsmovement.net

Quellen zu dieser Informationsschrift

Die ethnische Säuberung Palästinas, von Prof. Ilan Pappé

All That Remains, von Prof. Walid Khalidi

palestineremembered.com

bds-info.ch

jnf-machenschaften.de

theguardian.com/uk

aljazeera.com

badil.org

adalah.org/eng

dukium.org/eng

uridavis-official-website.info

Titelblatt: Angehörige der zionistischen Miliz Haganah vertreiben Bewohner Haifas



Palästinakomitee Stuttgart e.V.

palaestinakomitee-stuttgart.de

facebook de-de.facebook.com/PaKo.Stuttgart